

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Klare Strukturen für die Wahrnehmung der ministeriellen Fach- und Rechtsaufsicht schaffen - Geschäftsverteilungspläne der Ministerien offenlegen**

Der Landtag stellt fest:

Die vom Landesrechnungshof in seiner Mitteilung über die Grundsatzprüfung zur Ausübung der Fach- und Rechtsaufsicht geäußerte Kritik an den Geschäftsverteilungsplänen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz wird nachvollzogen.

Die hohe Bedeutung von Geschäftsverteilungsplänen als zentrale Dokumente jedes Ministeriums wird anerkannt. Geschäftsverteilungspläne bekunden die organisatorische Struktur, Aufgabenverteilung sowie personelle Zuständigkeiten und ermöglichen eine schnelle Identifikation von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sowie vakanter Verantwortlichkeiten. Sie sind konstitutiv für eine ordnungsgemäße Ausübung der Fach- und Rechtsaufsicht. Wie bedeutsam diese ist, zeigte unter anderem der Skandal um das Unternehmen „Lunapharm“ im Jahr 2018.

Eine Offenlegung der Geschäftsverteilungspläne dient sowohl Zwecken der parlamentarischen Kontrolle als auch der Erhöhung der Transparenz ministeriellen Handelns gegenüber der Bevölkerung.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Den Abgeordneten des Landtags auf Anfrage die vollständigen und ungeschwärzten Geschäftsverteilungspläne sämtlicher Ministerien des Landes Brandenburg ohne Wahrnehmung ihres Akteneinsichtsrechts zur Verfügung zu stellen.
2. Die Geschäftsverteilungspläne sämtlicher Ministerien des Landes Brandenburg bis zur Ebene der Referatsleitung auf den Webseiten der jeweiligen Ministerien für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und für die Offenlegung notwendige Gesetzesänderungen einzuleiten. Nicht zu veröffentlichen sind Stellen, die rein interne oder besonders sicherheitsrelevante Aufgabengebiete umfassen.
3. Regelmäßige verbindliche Stichtage für die Aktualisierung der Geschäftsverteilungspläne festzulegen und das Format der ministeriellen Geschäftsverteilungspläne derart zu vereinheitlichen, dass Zuständigkeiten klar ersichtlich sind.

Eingegangen: 19.03.2019 / Ausgegeben: 09.04.2019

Begründung:

Der Landesrechnungshof Brandenburg übermittelte am 29. November 2017 mehreren Ausschüssen des Brandenburger Landtags eine Prüfungsmitteilung über die Grundsatzprüfung zur Ausübung der Fach- und Rechtsaufsicht. Prüfungsobjekte waren vier Ministerien des Landes Brandenburg.

In seiner Mitteilung kritisiert der Landesrechnungshof unter anderem, dass die Geschäftsverteilungspläne der überprüften Ministerien in Bezug auf die Aufsichtswahrnehmung eine unklare personelle und inhaltliche Zuordnung aufwiesen. Die Organisationsstrukturen der Ministerien seien in einigen Bereichen undurchschaubar, weshalb die Zuordnung der Aufgaben, deren Inhalt und Umfang vage bleibe. Im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz sowie im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sei für die im Geschäftsverteilungsplan aufgeführten Aufgaben für Externe keine konkrete personelle Zuständigkeit zu erkennen. Eine Akteneinsicht in den Geschäftsverteilungsplan des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz bestätigte die Auffassung des Landesrechnungshofes zur Unübersichtlichkeit. Eine schnelle und einfache Zuordnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den aufgeführten Aufgaben ist derzeit nicht möglich.

Die effektive Wahrnehmung der Fach- und Rechtsaufsicht wird durch die genannten Mängel in den Geschäftsverteilungsplänen der Ministerien erschwert. Die Auswirkungen einer unzureichenden Fachaufsicht zeigten sich eindrücklich im „Lunapharm-Skandal“. Der Bericht der Task Force Lunapharm hält fest, dass der Aufsichtsbehörde frühzeitig ausreichend Erkenntnisse vorgelegen hätten, um die betroffenen Krebsmedikamente in Quarantäne zu nehmen und auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Entsprechende Maßnahmen wurden jedoch nicht zeitnah umgesetzt. Als begünstigenden Umstand des Skandals sieht die Task Force „eine in qualitativer und quantitativer Hinsicht personell unzureichend besetzte Fachaufsicht“ im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Zu 1. Eine Offenlegungspflicht von Geschäftsverteilungsplänen kann ähnlichen Fällen vorbeugen, da sie eine externe Kontrolle der exekutiven Fach- und Rechtsaufsicht, unter anderem in Bezug auf vakante Verantwortlichkeiten, ermöglicht. Zu Zwecken der parlamentarischen Kontrolle sollen den Abgeordneten des Landtags die vollständigen und ungeschwärzten Geschäftsverteilungspläne der Ministerien auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Eine alternative Einsichtnahme in die Geschäftsverteilungspläne durch Wahrnehmung des Rechts auf Akteneinsicht nach Artikel 56 Absatz 3 Landesverfassung durch die Abgeordneten stellt einen unverhältnismäßigen Aufwand dar. Hierfür müsste durch jedes Mitglied des Landtags für jedes Ministerium ein eigener Antrag gestellt werden und eine getrennte Einsichtnahme in den unterschiedlichen Ministerien erfolgen.

Zu 2. Zur Förderung transparenten Handelns der Ministerien des Landes Brandenburg gegenüber der Bevölkerung sollen die Geschäftsverteilungspläne bis zur Ebene der Referatsleitung darüber hinaus öffentlich zugänglich gemacht werden. Die auf den Webseiten der jeweiligen Ministerien zu veröffentlichen Geschäftsverteilungspläne sollen unter anderem Angaben zu den vorhandenen Abteilungen, Referaten, Aufgabengebieten sowie zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zur Ebene der Referatsleitung enthalten. Personenbezogen soll die Abkürzung der Amtsbezeichnung, der Nachname sowie die Durchwahl der dienstlichen Telefonnummer veröffentlicht werden.

Diese Angaben werden bereits in den öffentlich abrufbaren Organigrammen der Ministerien veröffentlicht. Von einer Veröffentlichung ausgenommen sind Stellen, die rein interne Aufgabengebiete umfassen (z.B. haushalterische oder organisatorische Aufgaben) sowie Stellen in besonders sicherheitsrelevanten Gebieten (z.B. Verfassungsschutz).

Das Land Nordrhein-Westfalen geht mit § 12 seines Informationsfreiheitsgesetzes noch wesentlich weiter darüber hinaus: Die Geschäftsverteilungspläne sind über die Webseiten der jeweiligen Ministerien öffentlich im Internet zugänglich und können im PDF-Format heruntergeladen werden. Selbst hier sind laut Auskunft des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen seit Veröffentlichung der Geschäftsverteilungspläne keine negativen Effekte erkennbar. Insbesondere ein Missbrauch der personenbezogenen Daten (z. B. durch sogenannte „Reichsbürger“) könne nicht verzeichnet werden.

Zu 3. Um eine Vergleichbarkeit der Geschäftsverteilungspläne der Ministerien des Landes Brandenburg zu ermöglichen, soll ihr Format nach Vorbild des Geschäftsverteilungsplans des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen vereinheitlicht werden. Darüber hinaus sind regelmäßige Stichtage für eine Aktualisierung der Geschäftsverteilungspläne festzulegen.